

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Dienstag, 6. Dezember 1983

Blatt 3279

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa) Plakatwände für die Bezirke
 Neue Servicestelle für Umweltinitiativen
 Ausweitung der Möglichkeiten des Umweltschutzes
 öVP-Wien-Initiative: Steuererleichterungen für
 Stadtreparatur

Kultur: Nestroy-Ring für Hans KANN und Heinz PETTERS
(gelb) Wiener Kulturbudget 740 Millionen

Nur

Über FS: 5.12. Wasserrohrbruch in der Linzer Straße
 6.12. Wasserrohrbruch vor dem Ringturm

Plakatwände für die Bezirke

=++++

1 #Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Motto "Freie Plakatwand" soll ab dem kommenden Jahr zumindest in jedem Bezirk eine Plakatwand zur Verfügung stehen, auf der alternative Gruppen und Initiativen kostenlos plakatieren können. Über dieses für 1984 vorgesehene Projekt des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien berichtete Stadtrat Peter SCHIEDER Dienstag im Rahmen der Budgetdebatte.#

Die notwendigen Voraussetzungen zur Schaffung dieser Plakatwände - ihre Aufstellung wurde von Schieder in Zusammenhang mit schärferen Maßnahmen gegen gewerbliche wilde Plakatierer versprochen - sind:

- o Aufstellen entsprechender Wände an den von den Bezirksvertretungen und vom PID vorgesehenen Plätzen
- o Affichierung der Basisplakate und zeitweilige Erneuerung der Flächen

Grundsätzlich sollen dafür Flächen verwendet werden, die keine Kosten verursachen - also keine "offiziellen" Plakatwände.

Bis Anfang April 1984 soll in jedem Bezirk Wiens zumindest eine freie Plakatwand zur Verfügung stehen. Für gewerbsmäßige Plakatierer sind diese Flächen natürlich nicht bestimmt!

Zwtl.: Neues beim Bürgerdienst

Beim Bürgerdienst ist als wesentliche Neuerung der versuchsweise Einsatz eines an die MD-ADV angeschlossenen Terminals geplant, der den Aufbau einer Informationsdatenbank und einer Suchkartei ermöglichen soll. Die Verbesserung der technischen und räumlichen Ausstattung der Bürgerdienst-Außenstellen (Sofortbildkameras, Pinnwände für Plakate usw.) und eine Verbesserung des Auftretens nach außen (z.B. neues Briefpapier) sind ebenfalls vorgesehen. (Schluß) hs/ap

NNNN

Neue Servicestelle für Umweltinitiativen

=++++

2 #Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Initiative Bürger haben es oft schwer, sich in der Verwaltung zurechtzufinden und die benötigten Informationen zu erhalten. Daher wurde nun Umweltstadtrat Peter SCHIEDER in ihrem Interesse initiativ: Ab heute, Dienstag, den 6. Dezember, existiert im Rathaus eine Servicestelle für Umweltinitiativen. Leiter dieser Servicestelle ist Reinhold PERNER, der sein Büro im Rathaus, Stiege 4, Halbstock, Zimmer 241 (gleich anschließend an das Büro von Stadtrat Schieder) hat und unter der Telefonnummer 42 800/2965 zu erreichen ist. #

Die Servicestelle für Umweltinitiativen soll den Initiativen helfen, alle für sie notwendigen Informationen im Magistrat zu besorgen bzw. soll ihnen diese Informationen frühzeitig zur Verfügung stellen. Was die Servicestelle nicht sein wird: eine Propagandastelle der Stadtverwaltung oder ein Anwalt der Initiativen. Sie ersetzt auch kein Büro mit Kopierer usw. (Schluß) hs/ko

NNNN

Ausweitung der Möglichkeiten des Umweltschutzes (1)

Utl.: Umfassendes Umweltveto ab kommendem Jahr

=++++

3 #Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Alle städtischen Dienststellen, die behördliche Verfahren durchführen oder Vorhaben im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung planen, die wesentliche Auswirkungen auf die Umwelt erwarten lassen, werden der Umweltabteilung Gelegenheit zur Mitwirkung geben. Dieses Umweltveto soll im kommenden Jahr wirksam werden. Das betonte Umweltstadtrat Peter SCHIEDER Dienstag in seinem Referat im Rahmen der Budgetdebatte.

Diese Mitwirkung der Umweltabteilung soll folgendermaßen ablaufen:

In behördlichen Verfahren hat die Umweltabteilung (MA 22) Amtssachverständige beizustellen. Wenn nach Auffassung der für die Durchführung des Verfahrens zuständigen Dienststelle den Anträgen oder Einwendungen der Amtssachverständigen der MA 22 nicht entsprochen werden kann, so hat die Dienststelle von der Angelegenheit ihrem zuständigen amtsführenden Stadtrat unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Magistratsdirektors zu berichten. Führt ein Magistratisches Bezirksamt das Verfahren durch, so ist von der Angelegenheit jenem amtsführenden Stadtrat zu berichten, zu dessen Geschäftsgruppe die für die Bearbeitung einer allfälligen Berufung zuständige Magistratsabteilung gehört.

In den Angelegenheiten der Privatwirtschaftsverwaltung ist der MA 22 möglichst frühzeitig Gelegenheit zur Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Durchführung der Vorhaben zu geben. Kann allfälligen von Vertretern der MA 22 vorgebrachten Einwendungen aus Sicht der für das Vorhaben zuständigen Dienststelle nicht entsprochen werden, so hat diese Dienststelle von der Angelegenheit ihrem zuständigen amtsführenden Stadtrat unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Magistratsdirektors zu berichten.

Die amtsführenden Stadträte, denen aufgrund der vorherigen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Anträge und Einwendungen der MA 22 berichtet wurde, haben das Einvernehmen mit dem amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst herzustellen. Wird kein Einvernehmen erzielt, entscheidet der Bürgermeister. # (Forts.)
hs/gg

Ausweitung der Möglichkeiten des Umweltschutzes (2)

=++++

4 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Behördliche Verfahren, ausgenommen Verwaltungsstraf- und Verwaltungsvollstreckungsverfahren, bei denen die MA 22 AMTSSACHVERSTÄNDIGE beizustellen hat:

- o Gesetz zum Schutz gegen Baulärm
 - o Bau- und Abbruchbewilligungen gemäß Bauordnung für Wien, ausgenommen die Errichtung von Wohnbauten im Bauland, soweit sie nicht die Bauklasse I oder die Fluchtlinien überschreiten und nicht auf Flächen errichtet werden, deren Widmung SWW oder EPK oder L lautet, sowie Bauführungen innerhalb eines Gebäudes
 - o Genehmigungen von gewerblichen Betriebsanlagen
 - o Durchführung von Revisionen in gewerblichen Betriebsanlagen
 - o Dampfkessel-Emissionsgesetz
 - o Verfahren nach dem Eisenbahngesetz, ausgenommen die Genehmigung von Haltestellen für Straßenbahnen, die Sicherung von Eisenbahnkreuzungen und die Anbringung eisenbahntechnischer Einrichtungen, weiters alle Bauführungen innerhalb von Gebäuden sowie Genehmigungen nach den §§ 38, 39 und 40
 - o energierechtliche Vorschriften, soweit es sich um die Herstellung oder Abänderung von Energieerzeugungsanlagen oder um Freileitungen handelt
 - o Verfahren zur Festsetzung und Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplans gemäß § 2 der Bauordnung für Wien; Standortplanung für Bauland
 - o Feuerpolizeigesetz
 - o Fischereigesetz
 - o Forstgesetz
 - o Garagengesetz
 - o Bestimmungen des Gasgesetzes
 - o Bestimmungen des Verbrauchsabgabengesetzes
 - o Giftgesetz
 - o Jagdgesetz
 - o Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, mit Ausnahme der gebührenrechtlichen Vorschriften
- (Forts.) hs/gg

NNNN

Ausweitung der Möglichkeiten des Umweltschutzes (3)

=++++

5 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL)

- o luftfahrtrechtliche Vorschriften, soweit es sich um die Einrichtung von Flugfeldern handelt, ferner in den Bewilligungsverfahren gemäß §§ 9, 126, 128 und 129 des Luftfahrtgesetzes, die in die Zuständigkeit des Landeshauptmannes fallen
- o Ölfeuerungsgesetz
- o Pflanzenschutz
- o Rohrleitungsgesetz
- o Schifffahrtsrecht, soweit Fragen des Anrainerschutzes betroffen sind
- o Strahlenschutzgesetz
- o straßenpolizeiliche und kraftfahrrechtliche Vorschriften, ausgenommen kraftfahrrechtliche Genehmigungen und Überprüfung von Kraftfahrzeugen gemäß § 55 und 57 KFG und Genehmigungen bzw. Verfahren, die in die Zuständigkeit der Bundespolizeidirektion Wien bzw. der Landesregierung fallen
- o Vorschriften über Tierhaltung
- o Veranstaltungsstättengesetz
- o Wasserrechtsgesetz

Vorhaben und Projekte der Privatwirtschaftsverwaltung, bei denen der Umweltabteilung ein MITWIRKUNGSRECHT zukommt:

- o Planung von Anlagen der Abluftreinigung in städtischen Objekten
 - o Errichtung von städtischen Bauwerken
 - o Planung von Erholungseinrichtungen
 - o Planung und Errichtung von städtischen Grünanlagen
 - o Planung und Errichtung von Einrichtungen der Müllverwertung und Müllbeseitigung wie Mülldeponien, Müllverbrennungsanlagen, Beseitigungsanlagen für Sondermüll u. dgl.
 - o Biologischer Landbau
 - o Planung und Errichtung von öffentlichen Verkehrsflächen
 - o Planung und Errichtung von Wasserbauten
 - o Planung von Wasserversorgungsanlagen, soweit sie im Interesse der Wasserversorgung Wiens gelegen sind
 - o Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung, nur hinsichtlich der Betriebsansiedlung und der allfällig damit verbundenen Gefahren der Emission von Schadstoffen
 - o Planung und Errichtung von Einrichtungen zur Energieversorgung (Kraftwerken, Fernwärmeeinrichtungen u. dgl.)
- (Schluß) hs/gg

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

7 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte Dienstag die am Vorabend unterbrochene Budgetdebatte mit der Beratung des Kapitels Umwelt und Bürgerdienst fort.

Fünf Schwerpunkte stellte StR. SCHIEDER (SPÖ) in den Vordergrund seiner Einleitung zur Debatte über das Ressort Umwelt und Bürgerdienst:

Im Bereich Wasserversorgung sowie Grund- und Abwasser kündigte Schieder Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung und Bemühungen um die Inbetriebnahme der dritten Wasserleitung an. Geplant sind auch intensive Tri- und Perchloräthylenuntersuchungen vor allem auf dem Areal aufgelassener Deponien und Betriebsstätten.

Zum Sektor Müllentsorgung teilte Schieder mit, daß die Auflösung der Deponie Mannswörth bereits im Gange sei. Zwar sei durch die Aufnahme des Schiffahrtsbetriebes der Abtransport des Klärschlammes möglich geworden, doch sei die ungarische Entsorgungsanlage in Peecs abgebrannt. Man habe aber eine neue Lösung gefunden. Rund 2.000 Tonnen des Klärschlammes werden bis Jahresende entfernt, für die verbleibenden 1.500 Tonnen werde so schnell wie möglich ein Auftrag erteilt werden. Schieder gab Details über die Untersuchung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig bekannt. Die Innenauskleidung des Schlotes der Müllverbrennungsanlage sei, erklärte Schieder, laut einem Gutachten der Baudirektion intakt, werde aber trotzdem bei der nächsten Kesselrevision einer Sanierung unterzogen.

Das Umweltveto (siehe eigene RK) kündigte Schieder als einen Schwerpunkt auf dem Umweltsektor an. Heute, Dienstag, wird eine neu eingerichtete Servicestelle für Umweltinitiativen (siehe eigene RK) eröffnet. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

8 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Motto "Neue Öffentlichkeit" stellte StR. Schieder das Konzept für die künftige Arbeit des Presse- und Informationsdienstes vor. Auf dem Sektor der Medienarbeit sind zahlreiche Maßnahmen geplant, so die Verbesserung des Journalistenservices durch die Einrichtung eines Wiener Presseclubs, eine "offene Redaktion" beim Wien-aktuell-Wochenblatt und die Einrichtung eines Feature- und Artikelservices, das in Ergänzung zur Rathauskorrespondenz auch kleinere und kleinste Medien wie Schülerzeitungen etc. erreichen soll.

Der Bürgerdienst soll gezielt noch intensivere Arbeit für die Wiener leisten. (siehe eigene RK).

Schieder kündigte in diesem Zusammenhang auch an, alternativen Gruppen und Initiativen frei Plakatwände zur Verfügung zu stellen. (siehe eigene RK). Es sei nicht seine Absicht, der Orwellschen Vision zu folgen, eine Propagandawalze als "großen Bruder" zu installieren, sondern eine Politik "der vielen kleinen Schwestern" zu machen. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

9 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, die Grünflächen in den städtischen Wohnhausanlagen den Mietern zu kleingärtnerischer Nutzung zu übertragen. Dies würde den Mietern eine wertvolle Freizeitbeschäftigung ermöglichen und die Stadt finanziell entlasten. Weiters setzte sich Pawkowicz für verstärkte Bemühungen um das Grün im innerstädtischen Bereich ein. Vor allem das Baumsterben infolge von Baumaßnahmen müsse hier kompensiert werden. Schließlich wandte sich Pawkowicz gegen Umwidmungen von Grünbereichen in Bauland sowohl innerhalb Wiens als auch in den Stadtrandgemeinden. Diesen sollte im Rahmen des Finanzausgleiches ein entsprechendes Äquivalent geboten werden, um so der Verhüttelung Einhalt zu gebieten. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

13 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) befaßte sich in seinem Debattenbeitrag mit den Problemkreisen der Ver- und Entsorgung. Die Situation der Wasserversorgung Wiens bezeichnete er als nicht rosig. Die Deckung des Spitzenbedarfes werde problematisch, da die beiden Hochquellenleitungen saniert werden müssen. Arthold bedauerte, daß der Anteil der Investitionen, gemessen an den Wassergebühren, von 16 Prozent im Jahr 1982 auf 11 Prozent im Budget 1984 gesunken ist. Den Zustand des Kanalnetzes bezeichnete Arthold als besorgniserregend. Auch hier sei der Anteil der Investitionen, gemessen an den Abwassergebühren, drastisch gesunken.

Im Kampf gegen Lärm und Abgase gehe nichts weiter, kritisierte Arthold, und aus dem von StR. Schieder groß angekündigten Umweltveto sei nichts geworden. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

14 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Bedeutung der Maßnahmen in der Grünpolitik, die Arbeit des Bürgerdienstes und den Einsatz der Feuerwehr hob GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) hervor. Der Bürgerdienst wurde 1983 von 70.000 Personen in Anspruch genommen. 1979 waren es 15.500 Personen. 90 Prozent aller Anliegen können ohne aktenmäßige Behandlung rasch und unbürokratisch erledigt werden. Im kommenden Jahr wird sich der Bürgerdienst bemühen, seinen Bekanntheitsgrad noch zu steigern. Der mobile Bürgerdienst wird Schwerpunktaktionen in den Bezirken durchführen. Seine Mitarbeiter werden mit Lärmmeßgeräten ausgestattet.

Auf dem Gebiet der Grünpolitik wird es 1984 bedeutende Maßnahmen geben. Das rechte Donauufer soll zur Kai-promenade ausgestaltet werden. Es soll ein Großpark mit 35 Hektar Grünfläche entstehen.

Das Stadtgartenamt hat 600 Kilometer Alleen zu betreuen und 16,8 Millionen Quadratmeter Grünflächen zu pflegen. Die Stadt Wien besitzt den größten Gärtnerausbildungsbetrieb Österreichs mit 70 Lehrlingen. 1984 soll die Schaffung und Erweiterung von Kleingrünflächen im dicht bebauten Gebiet fortgesetzt werden. Das Forstamt hat seit kurzem zwei weitere große Erholungsgebiete zu betreuen: den Laaer Wald und die Steinhof-Gründe.

Die Wiener Feuerwehr zählt im internationalen Vergleich zu den besten, betonte Dittrich. Im kommenden Jahr ist eine weitere Erneuerung des Fuhrparks mit fünf Rüstlöschfahrzeugen und einem Teleskop-Bergekran geplant. Außerdem sollen die Nachrichtenanlage verbessert und die Dienst- und Arbeitskleidung erneuert werden.

(Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

15 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Alle Bereiche der Politik sind umweltrelevant, sagte GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖPV). Wien habe in dieser Hinsicht, bedingt durch die Kompetenzkonzentration von Bezirk, Gemeinde und Land bessere Voraussetzungen als alle anderen Gebietskörperschaften. Auch die geographische Lage - Westwind, Wald- und Wiesengürtel - biete im Bereich der Umweltpolitik beste Möglichkeiten.

Die Wiener Luftqualität habe sich in den letzten zehn Jahren nicht verbessert, trotz der Zunahme beim Primärenergieverbrauch aber auch nicht verschlechtert. Als Indikator für die Luftqualität lasse sich der Baumzustand verwenden. In diesem Zusammenhang forderte Welan Schutzmaßnahmen für die Stadtbäume. Der von Stadtrat Schieder für nächstes Jahr versprochene Bericht über die Stadtbäume sollte genaue Daten über das Ausmaß der Gefährdung beinhalten. Weiters forderte Welan die Vorlage eines neuen Umweltberichtes sowie die Reaktivierung des Umweltbeirates.

Als Informationsstadtrat sollte Schieder die Chance der Aufklärung und Motivation der Bevölkerung nutzen, aber nicht die Probleme verniedlichen und verkleinern, sagte Welan. Umwelterziehung sollte auch als Unterrichtsfach stärker ausgebaut werden, hier könnte auch Radio Wien eine Aufgabe übernehmen. (Forts.) roh/ko

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

17 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria PAUL (SPÖ) würdigte die Aktivitäten der Umweltschutzabteilung, die in der Zukunft noch verstärkt werden. So sind die Modernisierung des Wiener Luftmeßnetzes, die drastische Reduktion der SO₂-Emissionen aus Strom- und Fernwärmeproduktion und Vorschläge für ein Biotopmanagement auf dem Programm.

Die Wiener Bäder werden weiter ausgestaltet. Bereits im kommenden April wird Wiens neuestes Hallenbad in der Großfeldsiedlung eröffnet. Paul betonte, daß eine Stadt nicht reine Natur sein könne, Wien aber ein gutes Beispiel gebe, wieviel Natur in einer Stadt geschaffen und erhalten werden kann. Paul brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach auf den Bund eingewirkt werden soll, Immissionsschutzmaßnahmen für den Verkehrslärm nicht bloß auf Bundesstraßen zu beschränken, sondern auf alle an öffentlichen Verkehrsflächen gelegenen Wohnstätten, Schulen, Kindergärten, Freizeitstätten und sonstigen Einrichtungen auszudehnen. Der aktuelle Lärmschutz durch Lärm-Emissionsgrenzwerte bei Kraftfahrzeugen sowie deren rigorose Überprüfung und Überwachung soll verstärkt werden. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

18 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. JEDLETZBERGER (öVP) forderte gesetzliche Schutzmaßnahmen für die Wiener Landwirtschaft. Unter anderem sollte ein Raumordnungsgesetz dazu beitragen, landwirtschaftliche Flächen und damit die Betriebe zu erhalten. Vor allem durch Baumaßnahmen sei die Landwirtschaft in Wien in den letzten Jahren stark dezimiert worden. Jedletzberger wies darauf hin, daß die Wiener Landwirtschaft trotzdem einen Produktionswert von 1,2 Milliarden Schilling hervorbringe, 50 Prozent des Frischgemüseaufkommens Österreichs stelle und 70 Prozent des Wiener Frischgemüsebedarfes decke. In Wien werde mehr Weizen als in Tirol, Salzburg und Vorarlberg zusammen produziert. Darüber hinaus sei der landwirtschaftliche Grünraum der Stadt ein wichtiges Naherholungsgebiet. Alle diese Faktoren, so Jedletzberger, sprechen für die verstärkten Bemühungen um die Erhaltung der Wiener Landwirtschaft. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

19 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Den Gedanken von StR. SCHIEDER, den Jahresgesamtmüllanfall bis 1990 auf 500.000 Tonnen zurückzuführen, bezeichnete GR. Ing. WORM (öVP) als faszinierend. Das sei eine Herausforderung an alle, bedeute aber auch die Aufforderung zum Konsumverzicht. Die Reduktion des Müllanfalles um 20 Prozent halte er für durchaus realisierbar, betonte Worm. Dazu sei allerdings ein Marketing-Konzept nötig, das derzeit fehle. Worm verwies auf das Beispiel der südsteirischen Gemeinde Groß-Klein, wo mittels des Mediums Gemeindezeitung die entsprechende Motivation der Bevölkerung zum Verzicht auf Dosengetränke, Plastikflaschen und Plastiksackerln gelungen ist. In Wien werden derzeit 45.000 Tonnen Glas und 160.000 Tonnen Papier unsortiert weggeworfen. Die öVP bejahe die forcierte Vorsortierung, die öVP sage Ja zur Politik der kleinen Schritte. Worm setzte dem ein Nein zur Ankündigungspolitik entgegen und schlug eine Kampagne des PID zur Müllproblematik vor.

Die von StR. Schieder angekündigte Vorsortierung des Hausmülls hätte schon längst in Angriff genommen werden können, besonders in den großen Gemeindebauten. "Ich fordere Sie auf, Herr Stadtrat Schieder", sagte Worm, "kündigen sie nicht immer nur an, sondern packen Sie zu."

Zum Abschluß seines Debattenbeitrages überreichte GR. Worm StR. Schieder einen Cartoon des Karikaturisten EIBL zur Müllproblematik in Wien. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

=++++

20 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) StR. SCHIEDER (SPÖ) nahm zu seinen Vorrednern Stellung:

- o Die Randgemeinden seien aufgrund des abgestuften Bevölkerungsschlüssels beim Finanzausgleich bevorzugt.
- o Die Wasserwerke arbeiten oft sehr rasch und ohne daß die Bevölkerung dies bemerkt. Erst vor kurzem sei die zweite Hochquellenwasserleitung schnell und unauffällig instandgesetzt worden.
- o Der Debattenbeitrag von Prof. WELAN habe die Hoffnung aufkommen lassen, daß es ein gemeinsames Bemühen der Fraktionen in Umweltfragen gibt. So wie von den Verantwortlichen Fehler eingestanden werden sollten, sollte die Opposition auch positive Maßnahmen anerkennen.
- o Um der Bevölkerung der Stadt einen Gesamtüberblick zu bieten, muß die Informationsarbeit der Stadt Wien einen Ausgleich zu den anderen Medien darstellen. Die Summe der Eindrücke muß so sein, daß das Gesamtbild stimmt. Wenn die Medien die kritische Seite überbewerten, muß der Informationsdienst die positive Seite wiedergeben.
- o Vieles, was GR. Ing. WORM gesagt habe, stimme. Schieder stellte fest, daß er sich über eine einheitliche Vorgangsweise im Bereich der Müllverwertung freuen würde. Auf diesem Gebiet sei noch viel zu tun, es wäre gut, wenn man es gemeinsam tun könnte. Als "politischen Toilettefehler" bezeichnete es Schieder, wenn ein anerkannter Journalist Kollegen, die sich bemühen, für die Stadt zu arbeiten, abkanzelt. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

21 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Gesamtausgaben der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales werden um 8,5 Prozent, von 14,8 auf 16 Milliarden Schilling, steigen, stellte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) in seinem Einleitungsreferat fest. Allein die Budgetansätze des Sozialamtes werden von 2.690 auf 2.876 Millionen Schilling angehoben. Damit soll sichergestellt werden, daß Wien auch in Zukunft seiner Verpflichtung als "Soziale Stadt" nachkommt. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen stehen vor allem wieder die sozialen Dienste für die älteren Mitbürger und für die Behinderten. Dementsprechend werden sich die Leistungen des Heimhilfedienstes um 11,85 Prozent auf 500,3 Millionen erhöhen. Im Rahmen der allgemeinen Sozialhilfe werden die Geldaushilfen um ein Drittel auf 311 Millionen steigen. Die Ansätze der Behindertenhilfe werden um 8,25 Prozent auf mehr als 311 Millionen angehoben. Dabei ist vor allem auf den Freizeitfahrtendienst des "Club Handicap" zu verweisen, dessen finanzielle Unterstützung um zwei Millionen auf 11,7 Millionen erhöht wird.

Bei der Flüchtlingshilfe wurde der Ansatz von 13 auf 28 Millionen erhöht, wobei hier jedoch mit bedeutend mehr Ausgaben gerechnet werden muß, da Wien in wesentlich stärkerem Maße als die anderen Bundesländer Kosten übernimmt.

Für die Pensionistenklubs, deren Zahl um sechs erhöht wurde, gibt es 3,2 Millionen. "Essen auf Rädern", das von durchschnittlich 3.500 Personen bezogen wird, erhält 47,8 Millionen. Die Mittel des Kuratoriums für psychosoziale Dienste wurden von 32 auf 36,8 Millionen erhöht. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

22 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Im Gesundheitsbereich sind die Schwerpunkte der weitere Ausbau der prophylaktischen Einrichtungen sowie eine noch bessere ärztliche Versorgung der Bevölkerung, wofür 67,5 (bisher 62) Millionen zur Verfügung stehen werden. Wiens Spitäler bilden auch nächstes Jahr wieder mit vorgesehenen Ausgaben von 12,9 Milliarden Schilling - gegenüber Einnahmen von 5,7 Milliarden - einen Schwerpunkt des Budgets. An der Spitze der Ausgaben stehen mit 5,6 Milliarden die Personalkosten, für die Erhaltung werden 471 Millionen und für Investitionen 1.949 Millionen (davon 1.500 Millionen für den Neubau des AKH) bereitstehen. Weiters wird es Modernisierungen im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, Verbesserungen und Sanierungen sowie patientenbezogene Maßnahmen in den verschiedenen Spitälern und Pflegeheimen, aber auch eine Modernisierung der Einsatzfahrzeuge des Rettungs- und Krankentransports geben.

Mit Hilfe dieses Budgets soll im kommenden Jahr die Sozialarbeit weiter verstärkt werden, stellte Stadtrat Stacher fest. Dabei soll die verstärkte Integration der Behinderten im Vordergrund stehen. Ferner ist gemeinsam mit dem Sozialministerium ein sogenanntes "Arbeitstraining" für Arbeitslose vorgesehen. Einen weiteren Schwerpunkt im sozialen Bereich werden auch weiterhin die Bemühungen um die älteren Mitmenschen bilden. Im Gesundheitsbereich wird die Vorsorge weiter ausgebaut und die Gesundheitserziehung gefördert werden. Die Verbesserung der medizinischen Infrastruktur und der Betriebsorganisation der Spitäler sowie die Förderung von Ärzteniederlassungen wird fortgesetzt. "Wenn auch in diesem Budget der Wermutstropfen der fehlenden Finanzierung des Krankenhauses im SMZ-Ost enthalten ist, werde ich weiterhin darum kämpfen, daß die notwendigen Mittel dafür bereitgestellt werden," meinte StR. Stacher wörtlich. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

23 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Bezugnehmend auf die Ereignisse im Psychiatrischen Krankenhaus Steinhof forderte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) in einem BESCHLUSSANTRAG, den Arbeiten der Psychiatriekommission auch Vertreter der auf diesem Gebiet tätigen relevanten Selbsthilfegruppen mit beratender Stimme beizuziehen. Er erwarte sich von dieser Verstärkung der Psychiatriekommission nicht nur eine kritische Beurteilung der Situation in den Anstalten, sondern auch neue Impulse für die Arbeit der Psychiatriekommission.

Zur Frage der Berufsausbildung erklärte Hirnschall, daß die gesetzlichen Möglichkeiten geschaffen wurden, Ausbildungszeiten zu absolvieren, jedoch seien sie noch nicht genügend umgesetzt. Immerhin bilde Wien rund die Hälfte der österreichischen Ärzte aus. Problematisch sei eben, daß die Absolventen der Medizinischen Fakultät mit einem Diplom allein nichts anfangen könnten. Sie seien daher darauf angewiesen, daß die öffentliche Hand Ausbildungsmöglichkeiten biete. Man solle daher ermöglichen, daß ein Teil der Promoventen ihre Ausbildungszeit bei freipraktizierenden Ärzten leisten kann.

Zum Spitalskostendefizit sagte Hirnschall, daß besonders der Medikamentenaufwand in den Wiener Krankenhäusern dramatisch gestiegen sei. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

24 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) 1984 werden rund 23 Prozent mehr Medikamente gebraucht werden als 1982. Dieser Mehrbetrag sei ident mit der Summe der ersten Baurate für das Krankenhaus SMZ-Ost.

Hirnschall regte an, neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen. In erster Linie gehe es dabei um die Erlangung eines Kostenersatzes von 20 Prozent für Fremdpatienten und eine Abgeltung der Mediziner Ausbildung. Außerdem sei es hoch an der Zeit, eine Anhebung des Kostendeckungsgrades von seiten der Sozialversicherung zu erreichen und den klinischen Mehraufwand effizienter abzudecken. Als weiteren Schritt sehe er die Umstellung der Abrechnung von Verpflegungstagen auf Normkostensätze. Dies müsse doch mit dem vor bereits sechs Jahren eingeführten Abrechnungssystem möglich sein. (Forts.) jel/ap

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

25 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) sagte, die überproportionale Kostensteigerung im Spitalswesen mache grundlegende Reformen auf diesem Sektor notwendig, wobei auch die Sozialversicherungen und der Bund miteinbezogen werden müßten. Dabei forderte Wagner Maßnahmen im Bereich der Planung, der Spitalsorganisation und der Finanzierung.

In der Planung vermißte WAGNER zielführende Konzepte. Er sprach sich für die rasche Erstellung eines Strukturkonzeptes für die Wiener Krankenanstalten aus und stellte einen diesbezüglichen BESCHLUSSANTRAG. Der Antrag sieht die Erstellung eines Landeskrankenanstaltenplanes, die Reduktion von Akutbetten, die Umwidmung von Abteilungen bei geändertem Bedarf, die Prüfung der Notwendigkeit von Großgeräten und die Schaffung weiterer Rehabilitationsbereiche vor.

In einem weiteren ANTRAG zur besseren Organisation des Wiener Spitalswesens forderte Wagner ein Konzept, das die verstärkte Autonomie der Spitäler, eine entscheidungsorientierte Betriebsführung, die Vereinfachung der Verwaltung, die Verbesserung der internen Organisation, die Einführung von modernen Informationssystemen, die ökonomischere Nutzung aller Einrichtungen, die bessere Koordination zwischen den Spitalern und ein qualifiziertes Management beinhaltet. (Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

26 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Schließlich forderte Wagner auch Reformen beim Finanzierungssystem der Krankenanstalten. Die Kosten-Nutzen-Relation in den Spitälern müsse besser werden, ein Übergang von der defizitorientierten zur leistungsorientierten Finanzierung sei zu suchen. Wagner stellte einen BESCHLUSSANTRAG für ein Finanzierungskonzept, in dessen Rahmen folgende Kriterien zu berücksichtigen wären: Die Änderung der Pflegegebührengestaltung, das Abgehen vom pauschalierten Pflegesatz in Richtung auf einen leistungsorientierten Kostenzuschuß, die Kostenerfassung und Kostentransparenz für Spitalsmitarbeiter und Patienten, die Mitteleinsparung durch Ausweitung der Übergangspflege und durch mehr Pflegeabteilungen und schließlich die Erstellung langfristiger Finanzierungskonzepte für notwendige Bauvorhaben. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

27 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Arbeit für die Behinderten und Kranken ist eine stille, aber wirkungsvolle Arbeit, betonte GR. KÖNIG (SPÖ) und dankte den Mitarbeitern im Gesundheitsbereich für ihren aufopferungsvollen Einsatz. Gerade in der Behindertenhilfe wurde in den letzten Jahren vieles erreicht. König verwies auf die Einrichtungen für geschützte Arbeiten, für Beschäftigungstherapie, für die Hilfe zur Unterbringung und für die Beförderung von Behinderten.

Man dürfe die Leistung im Gesundheitsbereich nicht immer nur im negativen Schatten des AKH sehen, wie es die öVP mache, betonte König. Es gelang, den Schwesternmangel zu beheben und die Spitäler mit neuen medizinischen Geräten auszustatten. Das Programm der Saalunterteilungen wird fortgesetzt, die Renovierungsarbeiten werden forciert. Eine Ablehnung des Budgetansatzes richte sich daher nicht nur gegen die Patienten, sondern auch gegen Beschäftigungsmöglichkeiten für Wiener Klein- und Mittelbetriebe. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

28 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) In ihrer Kritik an dem Budgetvoranschlag 1984 für das Spitals- und Gesundheitswesen nannte GR. DKfm. Dr. SCHLICK (ÖVP) vier Schwerpunkte:

1. Das "Bettenmonster vom Alsergrund" verschlinge Unsummen, die bei anderen Maßnahmen fehlen.
2. Das 20jährige Ankündigungsjubiläum des SMZ-Ost wird mit einem Nullbudget gefeiert.
3. Die traditionellen Arbeiterbezirke sind in der ärztlichen Versorgung besonders benachteiligt.
4. Die Kluft zwischen dem medizinisch Möglichen und dem Finanzierbaren klaffe immer weiter auseinander.

Die sozialistische Gesundheitspolitik habe nach wie vor die vollständige Bedarfsdeckung zum Ziel, ohne einzusehen, daß dies unmöglich sei. Jeder Zentralismus im Gesundheitswesen sei inhuman. Die Einrichtung des Spitalsombudsmannes müsse ausgebaut werden. Schlick stellte den ANTRAG, einen Ombudsmann für alle Wiener städtischen Krankenanstalten, Pflegeheime sowie psychiatrischen und psychosozialen Einrichtungen als Servicestelle des Bürgerdienstes einzurichten. Zu den erweiterten Sprechstunden solle ein telefonischer Tonbanddienst rund um die Uhr kommen. Außerdem sind Beschwerdebriefkästen einzurichten, die ebenfalls vom Bürgerdienst betreut werden sollen. Über gemeldete Mißstände und getroffene Maßnahmen soll dem zuständigen Gemeinderatsausschuß periodisch Bericht erstattet werden. (Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

29 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPÖ) verwies darauf, daß zwischen 1946 und 1973 öVP-Stadträte für das Spitals- und Gesundheitswesen verantwortlich waren. Ein Rechnungshofbericht aus dem Jahr 1973 habe aufgezeigt, daß zu diesem Zeitpunkt kein Spitalsplan vorhanden war, daß es zu wenig Personal, eine mangelhafte Infrastruktur und überfüllte Großkrankenhäuser mit unzureichender Versorgung gab. Seit Stadtrat Stacher die Verantwortung für dieses Ressort trage, seien nicht zuletzt aufgrund zweier Zielpläne großartige Fortschritte erzielt worden, sagte Lacina.

Zu der von der öVP geführten Armutsdiskussion erklärte Lacina, daß nach 13 Jahren sozialistischer Alleinverantwortung die Sozialquote Österreichs im Mittelfeld der EG-Länder liege. Sie sei deshalb nicht höher, weil dies aufgrund der vergleichsweise günstigen Arbeitsmarktlage nicht notwendig sei. Es sei in dieser Zeit auch alles unternommen worden, um den Lebensabend der Österreicher lebenswert zu machen. So sind die Mindestpensionen um über 300 Prozent gestiegen, der Durchschnitt lag bei 230 Prozent. Die Bauernpensionen sind sogar um 676 Prozent gestiegen. Auch das derzeitige Maßnahmenpaket der Bundesregierung diene durch seine positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt der sozialen Sicherheit. Mit der Armutsdiskussion wolle die öVP nur Panikmache betreiben, sagte Lacina. (Forts.) roh/gg

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

30 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) definierte die zehnjährige Amtsperiode StR. STACHERS als "Periode der fallengelassenen Projekte" und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Einstellung der Planungsarbeiten für das Pflegeheim Süd und das Pflegeheim Webergasse sowie für das Krankenhaus im SMZ-Ost. Viele Bewilligungsverfahren für das AKH seien noch nicht abgeschlossen. Die "Realität 83" sei, daß im AKH ohne Bewilligung gebaut wurde und wird. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

31 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ilse FORSTER (SPÖ) verwies auf die zahlreichen Sozialleistungen der Wiener Stadtverwaltung, die in einem Sozialbudget von 2,876 Milliarden Schilling ihren zahlenmäßigen Niederschlag fänden. Angesichts dieser Tatsache sei die Kritik der ÖVP nicht verständlich, wenn auch gesagt werden müsse, daß die allgemeine wirtschaftliche Situation auch eine neue Situation im Sozialbereich schaffe. Es genüge heute oft nicht mehr, finanzielle Hilfe zu geben, sondern man müsse - begleitend dazu auch soziale Hilfe wie Arbeitstraining oder die Unterstützung von Selbsthilfegruppen leisten. Die Stadt Wien komme auch diesen differenzierten Anforderungen nach, wobei gesagt werden müsse, daß es günstig sei, wenn die sozialen Kräfte aller Schattierungen zusammenhelfen. Alles in allem seien die sozialen Hilfen in Wien auf einem Standard, der den Anforderungen voll entspreche. (Forts.)
gab/ko

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

32 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. DINHOF (SPÖ) erkundigte sich, was GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) damit meine, wenn er behauptete, daß die Lebenserwartung in Wien sinke.

Dinhof brachte einen ANTRAG von SPÖ und ÖVP ein, wonach eine Psychiatriekommission gegründet werden soll. Ihre Aufgabe soll es sein, den Fortgang der Psychiatriereform zu überwachen, legislative Änderungen im Zusammenhang mit psychisch Kranken zu beraten sowie bei der Integration psychisch Kranker und Behinderter in die Gesellschaft zu helfen. In einem ZUSATZANTRAG, im Einvernehmen mit der FPÖ, ist vorgesehen, daß den Sitzungen der Psychiatriekommission fallweise Vertreter der Selbsthilfegruppen mit beratender Stimme beigezogen werden.

In einem weiteren ANTRAG der SPÖ werden die amtsführenden Stadträte für Finanzen und Wirtschaftspolitik sowie für Gesundheit und Soziales ersucht, bei den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung Maßnahmen zu erwirken, die eine gleichmäßige Verteilung des Sozialhilfeaufwandes der Länder für Flüchtlinge herbeiführen sollen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

33 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (ÖVP) stellte fest, daß die Zahl der über 70jährigen aufgrund einer geänderten Bevölkerungsstruktur in Wien sinkt.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) erläuterte ein von GR. DINHOF angeführtes Zitat von Vizebürgermeister Dr. Busek. Busek habe gesagt, daß bei Raufereien auf Feuerwehrfesten Aggressionen abgebaut werden und man sich dadurch psychosoziale Zentren ersparen könnte, was aber natürlich nicht wörtlich zu verstehen sei.

StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) erklärte, daß die Innenrevision bei der Magistratsabteilung 17 bereits eingeleitet wurde. Zur Kostenstellenrechnung in den Spitälern stellte Stacher fest, daß sie funktioniere, aber noch verbesserungswürdig sei. Es sei schwierig, zu einem leistungsgerechten Abrechnungssystem zu kommen, weil im Rahmen des Krankenanstaltenfonds einheitliche Beschlüsse gefaßt werden sollen und hier die Meinungen in den Bundesländern auseinander gehen. Unter Pflegegebühren seien sämtliche Leistungen, die im Spital an einem Patienten erbracht werden, zu verstehen. In der Bevölkerung glaubt man vielfach jedoch, daß nur die Verpflegung gemeint sei. Ein anderes Problem sei die Arbeitszeit der Ärzte und Schwestern. Er werde zu diesem Thema Anfang Februar eine Enquete abhalten, kündigte Stacher an. Außerdem regte der Gesundheitsstadtrat die Schaffung eines Kuratoriums an, in dem alle Organisationen zur Fortbildung der Ärzte zusammengefaßt werden. Dadurch bekämen auch ausländische Ärzte die Möglichkeit, ihr Studium in Österreich mit im Ausland gültigem Abschluß zu beenden.
(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Gesundheit und Soziales

=++++

34 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) In Wien gebe es einerseits Schwierigkeiten, alle Ärzte unterzubringen, andererseits fehlen beispielsweise Betriebsärzte. Dazu kommt, daß viele Ärzte Doppelposten ausfüllen. Die Universität müßte bei der Ausbildung stärker selektionieren. Ein Pflegepraktikum für Ärzte könne ebenfalls Abhilfe für stellungssuchende Mediziner schaffen.

Das von ÖVP geforderte Organisationskonzept für Spitäler gibt es schon lange, betonte Stacher. Die städtischen Spitäler würden eine andere Struktur benötigen, die es möglich macht, sie wirtschaftlich zu führen. Eine Betriebsorganisation kann jedoch nicht von heute auf morgen funktionieren, sondern nur Schritt für Schritt vollzogen werden. Aus politischen Gründen lege er das Organisationskonzept für die Spitäler nicht offen auf den Tisch, weil eine Umstrukturierung in Ruhe ohne politischen Wirbel und Bürgerinitiativen durchgeführt werden soll.

Das Sozialmedizinische Zentrum Ost bezeichnete Stacher als unbedingte Notwendigkeit für die Bevölkerung jenseits der Donau. Stacher kritisierte, daß die Opposition Beispiele aus dem Gesundheitswesen anderer Länder zusammenhanglos in den Raum stellt. In Amerika gehen beispielsweise Leute zugrunde, weil sie sich die Spitalskosten nicht leisten können. In Wien sei dies sicher nicht der Fall. Es sei sein Ziel, die volle Bedarfsdeckung für die Wiener Bevölkerung zu erreichen, und zwar so, daß auch der Ärmste genauso betreut wird wie alle anderen. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Gesundheit und Soziales

=++++

35 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) In einer kurzen Wortmeldung bemerkte GR. Dipl.-Kfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), es sei unrealistisch, zu verlangen, jedes österreichische Bundesland solle seine Ärzte selber ausbilden. Dies würde dazu führen, daß jede Landeshauptstadt eine Universität haben müßte. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

36 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Im großen und ganzen, erklärte StR. RAUTNER, sei das Budget für die Geschäftsgruppe Bauten ein gut abgestimmtes Budget, dessen Abgang vertretbar und leicht zu finanzieren sei. Rautner rief in Erinnerung, daß die Aktivitäten seines Ressorts auch der Arbeitsplatzsicherung in Wien zugute kämen.

Allein die Ausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe werden, um 8,2 Prozent steigen. Rautner bedauerte, daß zahlreiche Projekte 1984 nicht verwirklicht werden können, darunter das SMZ-Ost, sprach jedoch die Hoffnung aus, es werde im Bereich der Leistungsabteilung für Fremdpatienten in den Wiener Spitälern zu einer Lösung kommen.

Ziel einer guten Verkehrskonzeption sei es, den Individualverkehr in gut ausgebauten und entsprechend leistungsfähigen Straßenzügen zu bündeln. Auch verkehrsberuhigte Zonen sollen geschaffen werden. Eine wichtige Aufgabe sieht Rautner darin, über Bauvorhaben besser zu informieren. Dies soll 1984 in verstärktem Ausmaß durch Baustellentafeln geschehen, die den Auftraggeber, die ausführende Firma, die Art des Bauvorhabens und die Dauer der Bauvorhaben beinhalten. Im Straßenbauprogramm 1984 sind Lärmschutzwände und Lärmschutzdämme entlang der Südost-Tangente, die Fortführung der Arbeiten an der Donauuferautobahn und Arbeiten an der Südost-Autobahn enthalten. Der Ausbau der Bundesstraßen im Wiener Raum wird fortgesetzt. (Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Bauen

=++++

37 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Fast 40 Millionen Schilling sind für den Ausbau von Radwegen, Fußgängerzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen, wie das Hörnesviertel, vorgesehen, erklärte Rautner.

Sehr wichtig ist auch die Erschließung von Betriebsbaugebieten, so z. B. "Flughafen Aspern" und "Draschegründe West". Beträchtliche Mittel werden für die öffentliche Beleuchtung und ihre Instandhaltung aufgewendet.

Abschließend versprach Rautner, notwendige Bauarbeiten zu beschleunigen. Grundsätzlich soll nicht in der Nacht gebaut werden, Ausnahmen müßten aber möglich sein. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

38 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. MANDAHUS (ÖVP) beschäftigte sich mit den Vergaberichtlinien für städtische Bauvorhaben. Die gesetzlich festgelegten Vergaberichtlinien sollen für alle Bieter gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen, forderte Mandahus. Stattdessen gibt es in Wien eine protektionistische Bevorzugung gemeindeeigener Betriebe, die sich im "Einstiegsrecht", einer Präferenzklausel für städtische Beteiligungsunternehmen, manifestiere. Diese Benachteiligung bleibe auch aufrecht, wenn es nun durch Verhandlungen seitens der Handelskammer gelungen sei, das Einstiegsrecht auf Angebote bis zu fünf Prozent über dem Niedrigstgebot einzuschränken. Überdies werde seitens der Stadt Wien oft der Verhandlungsweg anstelle des Ausschreibungsweges gewählt, um den Auftrag einem protegierten Betrieb zuzuschancen. Letzten Endes wäre es besser, so Mandahus, das Baugeschehen Privatfirmen zu überlassen und nicht durch gemeindeeigene Betriebe die private Bauwirtschaft und den Steuerzahler zu schädigen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

39 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPÖ) befaßte sich mit Aspekten der Verkehrsberuhigung und Stadterneuerung. Es sei wieder sprübar geworden, daß der Platz vor der Tür den zweiten Lebensraum bildet. Zwanzig größere und kleinere Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Zonen wurden geschaffen und zahlreiche Bäume gepflanzt. Der Verlust an Parkraum für PKWs beträgt 15 Prozent. Dies müsse bei den entsprechenden Planungen berücksichtigt werden. Zu einer Verkehrsberuhigung und Erhöhung der Verkehrssicherheit hat in vielen Bereichen die Unterbindung des Durchzugsverkehrs geführt. Mit den im Budget für das kommende Jahr vorgesehenen Mitteln können 15 bis 20 neue verkehrsberuhigte Bereiche begonnen oder verwirklicht werden. (Forts.) and/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

40 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Bei stärkerem Einsatz von Alternativenergien und Optimierung der bestehenden Heizanlagen könnte Energie um Millionen Schilling eingespart werden, stellte GR. CVETKOVIC (öVP) fest. Die Sonnenhäuser der Stadt Wien liegen bedauerlicherweise im Dornröschenschlaf, und der Versuch eines Privaten mit einem Windrad wurde von der Bezirksvertretung abgedreht. Auch die großen Heizanlagen der Stadt Wien sind nicht am neuesten Stand. Mangelhafte Isolierungen in den Wohnhäusern führen zu Schimmelbildungen. Der öVP-Gemeinderat schlug vor, daß Rauchfangkehrer auch meßtechnische Prüfungen vornehmen sollten. Außerdem soll die Aktion zur Förderung von Schallschutzfenstern auch auf Häuser in gemeindeeigenen Straßen ausgedehnt werden. Cvetkovic kritisierte, daß die Magistratsabteilung 34 Preissteigerungen bei Firmen nicht bezahlen wollte und mit Sanktionen gedroht habe. Der wirtschaftliche Druck auf Kontrahenten soll schnellstens aufhören, forderte Cvetkovic. (Forts.) ba/ko

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

41 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die veranschlagten Budgetmittel werden optimal eingesetzt und geben der Bauwirtschaft wichtige Impulse, erklärte GR. KREMNITZER (SPö). Im Rahmen ihrer Bautätigkeit leistet die Stadt Wien einen wichtigen Beitrag zur arbeitsmarktfördernden Wirkung des Maßnahmenpakets der Bundesregierung.

Besonders wichtig sei der Ausbau des Wiener Straßennetzes.
(Forts.) jel/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

42 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) setzte sich für eine Zusammenlegung der städtischen Baubetriebe ein. Eine derartige Strukturbereinigung sei nötig, sagte Worm, und würde große Einsparungen bringen. Derzeit sei es so, daß die WIBEBA, die TEERAG-ASDAG und die Fertigteilbau einander konkurrenzieren und zum Großteil nur aufgrund protektionistischer Maßnahmen und damit auf Kosten der privaten Baufirmen ihre Existenz sichern. Die wirtschaftliche Lage sei bei der den Stadtwerken zugehörigen TEERAG-ASDAG nicht gerade gut, während sich die WIBEBA in den letzten Jahren sehr zu ihrem Vorteil entwickelt habe. Die Fertigteilbau habe aufgrund der Fixierung auf die überholte Fertigteilbauweise ihre Zukunft hinter sich. Sie habe die notwendige Umstrukturierung verschlafen. Eine Fusionierung dieser drei Firmen würde sich auf die Dauer nicht vermeiden lassen, schloß Worm, und sollte daher bald vorgenommen werden. (Forts.) gab/ap

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Bauten

=++++

43 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) StR. RAUTNER (SPÖ) befaßte sich eingehend mit der von GR. MANDAHUS (ÖVP) ins Gespräch gebrachten Frage der Präferenzen. Rautner sagte, ein Mitglied des Wiener Gemeinderates müsse die Interessen der Gemeinde Wien vertreten und nicht jene einer anderen Interessensgruppe. Er, Rautner, finde die Handhabung einer Präferenz für die eigenen Betriebe der Stadt Wien nach wie vor gerechtfertigt. Der Stadtrat betonte, daß die kommunalen Firmen für Instandsetzungen nach Gebrechen rund um die Uhr für die Wiener Bevölkerung tätig sind. Es gibt keine Stadt, wo Gebrechen so rasch und so sicher behoben werden können wie in Wien. Private Firmen wären allein aus kalkulatorischen Gründen dazu nicht in der Lage. Überdies müsse man bedenken, daß die WIBEBA unter Hinweis auf ihre Präferenz in Wien im Umland keine Aufträge erhalte.

Hinsichtlich des Wirkungsgrades von Großheizanlagen gegenüber von Etagenheizungen schlug Rautner vor, entsprechende Experten einer Sitzung des Gemeinderatsausschusses beizuziehen, um die Frage zu diskutieren. Was die Lärmschutzfenster betrifft, werde nach einer Lösung gesucht, und es gebe sicher Grenzfälle bei der Beurteilung der Situation bei Bundes- und Gemeindestraßen. Der Einsatz der Solarenergie sei als Versuch anzusehen, doch lasse die gegenwärtig vorliegenden Entwicklungen noch keinen effizienten Einsatz erwarten. (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (34)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

44 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Stadterneuerung zählt auch im Jahr 1984 zu den wichtigsten Schwerpunkten, stellte StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) fest. Für den kommunalen Wohnbau steht ein Betrag von 3,6 Milliarden Schilling zur Verfügung. Der Großteil der Bauvorhaben befindet sich im dichtbebauten Gebiet und dient der Stadterneuerung. 1984 werden rund 1.700 Gemeindewohnungen fertiggestellt und ca. 1.400 begonnen. Heuer sollen noch 2.400 Wohnungen von der Landesregierung gefördert werden. Für die Instandhaltungs- und Verbesserungsarbeiten in städtischen Wohnhausanlagen werden 1984 rund 1,4 Milliarden ausgegeben. Ein Aufzugsprogramm mit 154 nachträglich eingebauten Aufzügen wird in Angriff genommen. Im Rahmen der Wohnungsverbesserung sollen rund 15.000 Wohnungen mit einem Darlehensvolumen von einer Milliarde Schilling gefördert werden.

Die Verwaltung der städtischen Wohnhäuser soll noch bürgernäher gestaltet werden. Anfang 1984 werden Wohnungskommissionen geschaffen, die den Mietern von Gemeindewohnungen, aber auch Wohnungssuchenden als Auskunft- und Beschwerdestellen zur Verfügung stehen.

Schwerpunkt der Stadtplanung wird 1984 die Fertigstellung des Stadtentwicklungsplanes sein, der auch einen Landschaftsrahmenplan sowie die Fortschreibung des Verkehrskonzeptes beinhaltet. Im Bereich der U-Bahn-Planung werden Projektierungsarbeiten für die Wientalquerung im Zuge der U 6, für den U 3-Abschnitt Volkstheater - Westbahnhof und für den U 6-Abschnitt Philadelphiabrücke - Siebenhirten durchgeführt. Außerdem sind Variantenuntersuchungen für die Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf vorgesehen. Bei der Straßenplanung werden Tunnellösungen für die Wiener Westeinfahrt sowie für die Verbindung der West- und Südeinfahrt untersucht.
(Forts.) ba/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

45 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die Verkehrsplanung im 22. Bezirk ging GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPö) ein. Die Planungen für die A 24 seien bereits weit fortgeschritten. Die FPö ziehe jedoch der Tieflage eine Führung der A 24 über der Bahntrasse der ÖBB mit entsprechender Schalldämmung vor. Es wäre möglich, einen S-Bahn-Ast zu den Motorenwerk Aspern zu führen, da der Anschluß vorhanden sei.

Das Charakteristikum des sozialen Wohnbaus der Gegenwart sei die Tatsache, daß an Bedarf und Nachfrage vorbeigebaut werde. Statt mittlere Wohnungsgrößen zu bevorzugen, baue man Großwohnungen, die nicht mehr "an die Familie zu bringen" seien. Eine ähnliche Entwicklung wie der Heinz-Nittel-Hof nehme nun auch die in Bau befindliche Wohnhausanlage "Am Heidjöchl". Im Sinne der Wohnungsmieter wäre es, einen Kostenrahmen vorzugeben und diesen auch einzuhalten. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (36)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

46 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Pawkowicz kritisierte die mangelhafte Kontrolle geförderter Wohnbauträger und brachte einen ANTRAG auf Einrichtung einer Beratungs- und Beschwerdestelle für Mieter, Nutzungsberechtigte und Eigentümer geförderter Wohnbauträger in der Magistratsabteilung 50 ein. (Forts.) jel/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (37)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

47 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. PETRIK (ÖVP) beschäftigte sich mit der Stadterneuerung. Petrik sagte, hier sei seit einigen Jahren grundsätzlich eine weitgehende Einigkeit festzustellen. Allerdings bleibe noch die Frage offen, welche Methoden zum Ziel führen. Immerhin habe Wien allein in den Bezirken 15, 16, und 17 ein Sanierungspotential, das dem aller anderen österreichischen Städte entspricht. Bis jetzt gehe die Assanierung zum Großteil an den Kerngebieten der nötigen Erneuerung vorbei, die Wohnungsverbesserung kommt zum geringeren Teil in Substandardwohnungen zum Tragen. Petrik forderte einen Haussubstanzqualitätskataster als Grundlage weiterer Maßnahmen. Danach sollte die Sanierungswürdigkeit der Häuser festgestellt werden. Weiters forderte Petrik die Kontrolle des Nutzungsverhältnisses von Wohn- und Büroraum und die Mitwirkung der Bevölkerung bei allen Maßnahmen. Von der von StR. Hofmann angekündigten Wohnungskommission forderte Petrik insbesondere, auch auf die spezifischen Wohnbedürfnisse der Wohnungswerber einzugehen. (Forts.) gab/ko

Wiener Gemeinderat (38)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

48 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. OBLASSER (SPÖ) setzte sich mit dem Stadtentwicklungsplan auseinander, der in wenigen Monaten dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werde. Daß es erst jetzt zur Beschlußfassung kommt, bringe den Vorteil, das Park-and-Ride-Konzept, die Pläne für das Radwegegrundnetz, den Landschaftsrahmenplan und die Fortschreibung der Verkehrskonzeption zu berücksichtigen. In mehreren Etappen werden insgesamt 270 Kilometer Radwege angelegt. Entgegen den ursprünglichen Prioritäten sollten der "Wilhelminenweg" und der Ring-Rund-Rad-Weg rascher verwirklicht werden, meinte Oblasser. Er verwies auf die laufenden Planungen und Bauvorbereitungen bei U 3 und U 6 und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß hinsichtlich der Wientalquerung der U 6 (Otto-Wagner-Brücke) mit dem Bundesdenkmalamt eine Lösung gefunden werden kann, die auch unter dem Gesichtspunkt der Stadtgestaltung und der Bauzeit vertretbar ist. Für Westgürtel und Südgürtel finden Expertengespräch über eine mögliche Untertunnelung statt. Hinsichtlich des ruhenden Verkehrs verlangte Oblasser eine verstärkte Überwachung und Maßnahmen zur Parkraumschaffung (Forts.) and/ap

Wiener Gemeinderat (39)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

49 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Für eine Forcierung der Stadterneuerung und für neue Richtlinien beim Wohnungsneubau trat GR. Dr. Ferdinand MAIER (öVP) ein. Wien verfügt über einen großen Althausbestand, der stark sanierungsbedürftig ist. Das Instrument der Wohnbauförderung soll daher entsprechend ausgebaut werden. Die Mietzinsbeihilfenregelung soll der Wohnbeihilfe gleichgestellt werden. Zum Neubau regte Maier folgendes an:

- o Bereitstellung von Bauflächen im Wege des Baurechts
- o Verstärkte Berücksichtigung des verdichteten Flachbaus
- o Verstärkte Widmung von Bauland-Gartensiedlung
- o Planungs- und Bauüberwachung in einer Hand
- o Vermeidung unterschiedlicher Grundrisse und von Übertechnisierung
- o Günstige Materialwahl
- o Ausnutzung des Dachraums.

Dr. Maier forderte, das Instrument der Marktforschung auch im Wohnbau stärker einzusetzen. (Forts.) ba/gg

Wiener Gemeinderat (40)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

50 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Einen transparenteren Abrechnungsmodus für die Mieter von Gemeindebauten forderte GR. Dkfm. HOTTER (öVP). Der Informationswert einer Zahlenansammlung in den Computerabrechnungen sei gleich Null, wenn der Mieter seine Möglichkeiten zur Einsichtnahme und zum Einspruch aufgrund fehlender Information nicht wahrnehmen könne. Auf diese Weise entstehen Ungereimtheiten, die beim Gemeindemieter ein Mißtrauen gegen Beamte und Firmen auslöse, nur weil eine exakte Überprüfung der Abrechnung nicht möglich ist. Hotter stellte die Frage, ob die Zusammenfassung von Wohnhausanlagen in "wirtschaftliche Einheiten" zweckmäßig sei. Außerdem wüßten viele Mieter der Gemeinde Wien nicht, daß sie mit Vertragsabschluß Mitglied der Mietervereinigung sind. Ehrlicher wäre es, erklärte Hotter, Anmeldeformulare aufzulegen und über die Höhe des Mitgliedsbeitrages, der mit dem Mietzins kassiert wird, und über die Art der Einhebung zu informieren. Hotter forderte die Auflage der Rechnungskopien in den betroffenen Wohnhausanlagen, sowie die Ankündigung von Erhaltungsarbeiten. Es sei außerdem notwendig, Name und Telefon des zuständigen Beamten bekanntzugeben. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (41)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

51 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Wie GR. HAAS (SPÖ) betonte, ist es immer ein Grundsatz der SPÖ gewesen, daß jeder Bürger das Recht auf eine gute Wohnung hat. 60 Jahre kommunaler Wohnbau mit einem derzeitigen Bestand von 221.000 Wohnungen legen dafür Zeugnis ab. Auch die derzeitige Politik der Stadt Wien mit ihrer starken Betonung der Stadterneuerung dient der stetigen Verbesserung des Wohnungsstandards. Der Anteil der Substandardwohnungen ging in den letzten Jahren von einem Drittel auf ein Fünftel zurück, sagte Haas. Der Anteil der Wohnungen mit WC, Bad oder Dusche hat sich von 48 auf 70 Prozent erhöht. 250.000 Wohnungen haben derzeit Zentralheizungen. 1984 werden allein für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser 829 Millionen Schilling zur Verfügung stehen. Für bauliche Investitionen sind rund 233 Millionen Schilling vorgesehen. Insgesamt sind aus dem Budget der Stadt Wien für 1984 rund 3,7 Milliarden Schilling für den Wohnbau eingeplant, womit 15.275 Wohnungen in Bearbeitung stehen werden. Unter anderen ist mit der Fertigstellung von 512 Wohnungen auf den MIAG-Gründen im 3. Bezirk, von 407 Wohnungen auf den Ankerbrotgründen im 10. Bezirk, von 423 Wohnungen auf dem Gelände der Simmering-Graz-Pauker-Werke, von 400 Wohnungen im 21. Bezirk östlich der Brünner Straße und von 473 Wohnungen Am Heidjöchl im 22. Bezirk zu rechnen. (Forts.)
gab/gg

Wiener Gemeinderat (42)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

52 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Gr. Dr. NEUBERT (ÖVP) bezeichnete Teile der Brigittenau als "Stiefkind der Stadterneuerung", so das Gebiet "Zwischenbrücken", das unter der trennenden Wirkung des Nordwestbahnhofes zu leiden habe. Dazu komme, daß die Erreichbarkeit des Lorenz-Böhler-Krankenhauses wegen der Bahnhofsanlagen erschwert wird, und die Bevölkerung Lärm und Schwerverkehr ertragen muß.

GR. Neubert stellte den ANTRAG, umgehend Verhandlungen mit den österreichischen Bundesbahnen zur Absiedlung des Nordwestbahnhofes aufzunehmen. Die Stadt Wien soll das Gelände erwerben und für diesen Bereich einen städtebaulichen Wettbewerb ausschreiben. Auf dem Nordwestbahnhofsfläche sollen Wohnungen, Geschäfte, Betriebe, öffentliche Einrichtungen sowie Grün- und Erholungsflächen entstehen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (43)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

53 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. MAYR (ÖVP) bezweifelte die Realisierung einiger Ankündigungen von StR. Hofmann: Hofmann habe einen Jubiläumswettbewerb für den kommunalen Wohnbau angekündigt, im Budget seien jedoch zuwenig Mittel dafür enthalten. Ebenso angekündigt wurde der verstärkte Dachbodenausbau, im Budget 1984 seien dafür sechs Millionen Schilling weniger enthalten als im Vorjahr. Mayr erinnerte an einen ÖVP-Antrag, in dem die Stadt Wien aufgefordert wird, zu prüfen, wo in gemeindeeigenen Häusern Dachböden ausgebaut werden könnten. Das Prüfungsergebnis ist noch immer ausständig. (Forts.) ba/ap

Wiener Gemeinderat (44)

Utl.: Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

54 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Zur Problematik der A 24 erklärte StR. Ing. HOFMANN, daß die Kosten-Nutzen-Analyse bereits an das Bautenministerium übergeben worden sei. Es sei richtig, daß Überlegungen angestellt wurden, die Trasse der Ostbahn zu benützen, doch müsse erst über eine Zustimmung der ÖBB verhandelt werden. Konsequenz dieser neuen Trasse wäre aber ein außerordentlich markantes Bauwerk in Hochlage.

Zur Problematik des Nittel-Hofes sagte Hofmann, daß die Endabrechnung noch nicht erfolgt ist. Der Nittel-Hof, bei dem man, bedingt durch organisatorische Probleme, zu spät mit der Besiedlung begonnen hätte, sei aber sicher nicht der teuerste Bau.

Eine Novellierung der Wohnbauförderung sei sicherlich erforderlich. Bei der Kontrolle der Wohnbauträger könne das Kontrollamt jederzeit eingeschaltet werden. Die drei vorgesehenen Prüfungsinstanzen - Kreditapparat, Prüfverband des Verbandes und eine Gruppe von prüfenden Beamten - ergeben aber eine optimale Lösung.

Organisatorische und rechtliche Fragen seien im Bereich der Stadterneuerung sicher noch zu lösen. Er erhoffe sich gerade auf diesem Sektor vom Wohnhaussanierungsgesetz sehr viel, betonte Hofmann. Ein größerer Sanierungswille könnte dadurch erreicht werden, daß die Förderungsbedingungen für Sanierungen jenen des Neubaus gleichgesetzt werden.

Zur Novellierung des Kleingartengesetzes sagte Hofmann, es wäre falsch, die Lösung in einer Erhöhung der Quadratmeteranzahl zu suchen. Er könne sich aber vorstellen, daß mit verschiedenen Kategorien von Kleingartenwidmungen das Problem gelöst werden könne. (Forts.) jel/gg

Wiener Gemeinderat (45)

Utl.: Debatte Stadtentwicklung und Stadterneuerung

=++++

55 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Die Wohnbauträger könnten nicht mehr damit rechnen, daß die Wohnungswerber jede angebotene Wohnung auch annehmen. Ein Umdenken und ein Einpendeln auf Wohnungsgrößen von 70 bis 80 Quadratmetern sei sicherlich erforderlich. Ein Teil der Mittel für die Neubauleistung würde, erklärte Hofmann, auf Sanierungsmaßnahmen übergehen.

Zu einer Zusammenfassung von Planung und Ausführung in einer Hand erklärte Hofmann, durch die derzeitige Handhabung sei eine gegenseitige Kontrolle gegeben.

Der Verwaltungsaufwand bei den Mietzinsabrechnungen, die im Juni 1983 erstmals zugestellt wurden, sei eine enorme Belastung und *n organisatorischer Hinsicht Neuland. Man habe mit der Mietervereinigung bereits Vereinbarungen getroffen, um die Abrechnungen übersichtlicher zu gestalten. Zur Dachbodenausbauaktion erklärte Hofmann, daß eine Modifikation sicherlich angebracht sei und, daß die Förderungsbeiträge an die Quadratmeterpreise angeglichen werden müßten.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 21.30 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Mittwoch, im Anschluß an die Sitzung des Landtages (Beginn 9 Uhr) mit den Beratungen über das Budgetkapitel Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz fortgesetzt. (Schluß)
jel/ap

NNNN

6. Dezember 1983

"RATHAUSKORRESPONDENZ"

Blatt 3312

Nestroy-Ring für Hans KANN und Heinz PETERS

=++++

11 #Wien, 6.12. (RK-KULTUR) Die Nestroy-Ring-Träger der Stadt Wien 1983 sind Heinz PETERS und Hans KANN. Der Ring wird alljährlich für die satirische Darstellung Wiens und der Wiener Bevölkerung im Sinne Nestroys vergeben und vom Bürgermeister der Stadt Wien aufgrund des Vorschlages einer Jury namhafter Fachleute zuerkannt. Heinz Petters hat bereits unzählige Nestroy-Rollen großartig verkörpert. Hans Kann war Helmut QUALTINGER als Pianist und Komponist ein kongenialer Partner bei einer Reihe Produktionen von satirischen Platten. Die Überreichung der Ringe wird im März 1984 stattfinden.#

(Schluß) gab/ap

NNNN

Wiener Kulturbudget: 740 Millionen

=++++

12 Wien, 6.12. (RK-KULTUR) In der Budgetdebatte im Wiener Rathaus wurde am Montag abend das Kapitel Kultur und Sport diskutiert. Kulturstadtrat Franz MRKVICKA wies darauf hin, daß das Wiener Kulturbudget bei aller notwendigen Spargesinnung die nötigen Mittel bereitstelle, um die kommunale Kulturarbeit auch 1984 kontinuierlich fortzusetzen. Mit rund 740 Millionen Schilling betrage das Kulturbudget 1,2 Prozent des Gesamtbudgets. In Frankreich, dessen Kulturetat erst kürzlich spektakulär angehoben worden sei, sei dieser Prozentsatz nun erst bei 0,84 Prozent angelangt. Mrkvicka wies auf die vielen Veranstaltungen des kommenden Jahres hin, wie das Tanzfest 1984, die Festwochen, den Musikalischen Sommer und das Schreker-Zemlinsky-Fest und kündigte verstärkte Bemühungen um die Förderung der bildenden Kunst und der Literatur an, bei der die zur Verfügung stehenden Mittel sogar geringfügig angehoben werden konnten. Als weiteren Schwerpunkt nannte der Stadtrat die Förderung der kulturellen Aktivitäten in den Bezirken, die ja auch die Verbundenheit der Menschen mit ihrer Wohnumgebung stärken. Besonderes Augenmerk solle auch im kommenden Jahr der Altstadterhaltung zukommen. Konkret darauf angesprochen, sagte Mrkvicka, daß das Grassalkovics-Schlössel renoviert werden und dem Zirkus- und Clown Museum Platz bieten solle, und daß eine Renovierung des Biedermeierensembles in der Bernardgasse einer Prüfung zugeführt werde. Was die Theater betreffe, so sei hier für die Kontinuität der künstlerischen Arbeit gesorgt. Es könne keine Theaterneugründungen geben, es seien jedoch bereits erste Schritte unternommen worden, um verschiedenen Theatergruppen Spielmöglichkeiten auf den bestehenden Bühnen zu sichern. (Schluß)
gab/gg

NNNN

ÖVP-Wien-Initiative: Steuererleichterungen für Stadtreparatur
Utl.: 10.000 Arbeitsplätze in drei Monaten

=++++

16 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Durch steuerliche Änderungen von Bundesgesetzen möchte die Wiener ÖVP die Stadterneuerung in Wien rasch ankurbeln. Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK und Landtagsabgeordneter Dr. Heinz WÖBER sprachen sich Dienstag in einem Pressegespräch für eine Wien-Initiative "von Wien und für Wien" aus. Andere Bundesländer haben es verstanden, so Busek, auf ihre Sonderprobleme aufmerksam zu machen. Wie die Steiermark für ihre verstaatlichten Betriebe kämpft, sollte Wien hervorstreichen, das 90 Prozent der in Österreich anfallenden Stadterneuerung in der Bundeshauptstadt durchgeführt werden müsse.

Im einzelnen schlugen Busek und Wöber vor, daß die Vermieter Stadterneuerungsinvestitionen noch innerhalb des Jahres, in dem diese getätigt werden, von der Steuer absetzen können. Darlehen für die Wohnungsverbesserung sollten steuerlich wie die Darlehen für Neubauwohnungen behandelt werden. Der Kauf von Altbaueigentum sollte ebenso steuerlich begünstigt werden wie der Erwerb von Neubauwohnungen.

Die Wiener ÖVP verspricht sich von ihrer Wien-Initiative innerhalb von drei Monaten 10.000 zusätzliche Arbeitsplätze. Das zusätzliche jährliche Investitionsvolumen würde 10 Milliarden Schilling betragen. Die im Wiener Budget vorgesehene Investitionssumme würde sich damit durch die private Hand schlagartig verdoppeln. (Schluß) sei/gg

NNNN